Politischer Neubeginn unter sowjetischer Besatzung: Die Konstituierung des Zentralausschusses (ZA) der SPD in Berlin im Mai/Juni 1945

Matthias Loeding

Nach Beendigung der Kampfhandlungen und der Befreiung Deutschlands von der nationalsozialistischen Diktatur begannen die Sozialdemokraten in Berlin - ebenso wie die Kommunisten - mit der Sammlung und organisatorischen Zusammenfassung der Parteimitglieder, obwohl zu diesem Zeitpunkt parteipolitische Tätigkeit noch nicht erlaubt war. Verbindungen, die den Nationalsozialismus überdauert hatten, waren entscheidende Schlüssel zum raschen organisatorischen Wiederaufbau traditioneller Parteistrukturen. Kennzeichnend für den Reorganisationsprozeß der Partei vor der offiziellen Zulassung waren die Sammlung um ortsbekannte SPD-Funktionäre der Weimarer Republik und die Verbindungsaufnahme zu Sozialdemokraten in den neugebildeten Verwaltungsstellen. Die so entstandenen Sammel- und Anlaufpunkte für die ehemaligen sozialdemokratischen Parteimitglieder und Altfunktionäre waren für die organisatorische Arbeit von hohem Wert.[1] Im Ergebnis dieser Bemühungen entstanden SPD-Parteiorganisationen in ihren Grundzügen schon vor der offiziellen Parteizulassung durch den Befehl Nr. 2 der Sowjetischen Militäradministration (SMAD) vom 10. Juni 1945.[2] Aus dieser Tatsache heraus erklärt sich auch der starke Mitgliederzuwachs der SPD in Berlin nach der offiziellen Lizenzierung.[3]

Die Sozialdemokraten, die nach der Befreiung in Deutschland die politische Arbeit wieder aufnahmen, hatten zunächst keine auf die Nachkriegszeit vorbereitete Führung. Der Einfluß des Londoner Exilvorstands auf den Reorganisationsprozeß der deutschen Sozialdemokratie im Jahre 1945 blieb marginal, auch wenn man in London den Versuch unternahm, den Wiederaufbau von außen zu begleiten, um seine Führungsansprüche zu wahren.[4] Die Initiatoren eines Zentralausschusses (ZA) der SPD in Berlin wollten ein provisorisches Führungsorgan der sozialdemokratischen Partei für ganz Deutschland schaffen.[5] Aber nicht nur deshalb besaßen ihre Aktivitäten von Anbeginn einen hohen Stellenwert von überlokaler

---

1 Siehe Siegfried Thomas: Der Kampf um die Bildung der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands in Berlin 1945-1946, Dissertation, Berlin1962, S.51f.; Erinnerungen Max Fechners, Stiftung Archiv der Parteien und Massenorganisationen der DDR im Bundesarchiv (SAPMO BArch), SgY 30, 1274, Bl. 73.

2 Siehe Siegfried Thomas: Entscheidung in Berlin. Zur Entstehungsgeschichte der SED in der deutschen Hauptstadt 1945/46, 2. Auflage, Berlin 1967, S.54.

3 Siehe Mitgliederzahlen der SPD in Berlin, SAPMO BArch, NY 4073/7, Bl. 4 (RS).

4 Siehe Albrecht Kaden: Die Wiedergründung der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands 1945/46, Dissertation, Hamburg 1960, S.79-84.

5 Siehe Manuskripterläuterungen zur Seite 45, Archiv der sozialen Demokratie (AdsD), Nachlaß Gniffke, 11/1.

Bedeutung.[6] Für viele Sozialdemokraten auch in den Westzonen war es eine Selbstverständlichkeit, daß der Parteivorstand seinen Sitz in Berlin, der Hauptstadt Deutschlands, hatte.[7] Der Vorgang der Konstituierung des ZA stellt sich als Zusammenführung von drei sozialdemokratischen Gründungsinitiativen in Berlin dar, die sich zunächst unabhängig voneinander um die Sammlung von Sozialdemokraten bemühten. Der Gründerkreis des ZA[8] bestand aus drei Gruppen von Sozialdemokraten, die zum Großteil bis 1933 parteipolitisch hervorgehobene Positionen auf SPD-Bezirks- oder -Landesebene eingenommen hatten oder als Vorstandsmitglieder der freien Gewerkschaften tätig gewesen waren, aber vor 1933 (bis auf Karl Litke) nicht zur Führungsspitze der SPD gehörten. Ihnen gelang es im Mai 1945 nicht, ihre organisatorischen Aktivitäten zusammenzuführen. Sie traten auch nicht in Verbindung zu der von Walter Ulbricht geleiteten KPD-Remigrantengruppe[9], denn Walter Ulbricht ging jeder Kontaktaufnahme aus dem Wege, obschon sich die Sozialdemokraten in mannigfaltiger Hinsicht bemühten und er Kenntnis von den sich formierenden SPD-Führungskreisen hatte.[10]

Der Prozeß der Reorganisation sozialdemokratischer Parteistrukturen und die Herausbildung eines zentralen Führungskreises waren kompliziert. Überregionale Kontakte zwischen führenden Sozialdemokraten existierten nicht mehr, und durch die kriegsbedingte Zerstörung der verkehrstechnischen und kommunikativen Infrastruktur wurde die Verbindungsaufnahme noch zusätzlich behindert. Die drei

---

6 In der zeitgeschichtlichen Forschung wird gelegentlich verdrängt, daß die Parteizulassungen in der sowjetischen Besatzungszone (SBZ) einem gesamtdeutschen Zweck dienen sollten. Siehe Alexander Fischer: Andreas Hermes und die gesamtdeutschen Anfänge der Union, in: Michael Richter/Martin Rissmann: Die Ost-CDU, Weimar u. a. 1995, S.9-23, hier S.9.

7 Siehe Detlev Siegfried: Zwischen Einheitspartei und „Bruderkampf". SPD und KPD in Schleswig-Holstein 1945/46, Kiel 1992, S.79f.; Thomas, Kampf, S.58; Ulla Plener: SPD 1945-1949. Politische Konzeption und Praxis - Ergebnisse und ihre Ursachen, Berlin 1979, S.15-21; Ulrich Schneider: Vereinigungsbestrebungen nach 1945 in den Westzonen - Möglichkeiten und Grenzen, in: Johannes Klotz (Hrsg.): Zwangsvereinigung? Zur Debatte über den Zusammenschluß von SPD und KPD 1946 in Ostdeutschland, Heilbronn 1996, S.11-29, hier S.20f.; Günter Benser: Die unterschiedlichen Bedingungen und Ergebnisse des Kampfes um die Einheit der Arbeiterklasse in Ost- und Westdeutschland 1945/46, in: Für die Aktionseinheit der deutschen Arbeiterklasse 1945-1964, Berlin 1965, S.11-40, hier S.20f.; Kurt Wrobel: Traditionen des Kampfes westdeutscher Arbeiter für die Einheit der Arbeiterklasse (1945-1946), in: Beiträge zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung (BzG) 1960, H. 1, S.51-65, hier S.55-58; Walter Müller: Die Aktionsgemeinschaft zwischen KPD und SPD in München 1945/1946, in: BzG 1961, Sonderheft, S.117-138, hier S.121-125; Markus Jodl: Amboß oder Hammer? Otto Grotewohl. Eine politische Biographie, Berlin 1997, S.84.

8 Siehe zur Konstituierung des Zentralausschusses Harold Hurwitz: Die Anfänge des Widerstands, Teil 1. Führungsanspruch und Isolation der Sozialdemokraten, Köln 1990, S.75-151; Andreas Malycha: Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands (SPD) in der Sowjetischen Besatzungszone Deutschlands im Jahre 1945. Zu Rolle und Wirksamkeit des Zentralausschusses (ZA) im Ringen um die antifaschistisch-demokratische Umgestaltungen in der Etappe der Aktionseinheit von KPD und SPD (Mai 1945 bis Dezember 1945), Dissertation, Berlin 1988, S.11-20.

9 Siehe zur Gruppe Ulbricht Gerhard Keiderling: „Gruppe Ulbricht" in Berlin April bis Juni 1945. Von den Vorbereitungen im Sommer 1944 bis zur Wiedergründung der KPD im Juni 1945. Eine Dokumentation, Berlin 1993.

10 Siehe Hurwitz, Anfänge, S.107; Brief Ulbrichts an Dimitroff, 23.5.1945, SAPMO BArch, NY 4036/629, Bl. 16; Rudi Beckert: Lieber Genosse Max. Aufstieg und Fall des ersten Justizministers der DDR Max Fechner, Berlin 2003, S.72f.

sozialdemokratischen Kreise, aus deren Zusammenführung sich am 7. Juni 1945 der „Vorbereitende Ausschuß“ der SPD für Berlin formierte, waren schon zur Zeit des Nationalsozialismus entstanden: der Schöneberger Kreis in den Geschäftsräumen von Erich W. Gniffke in der Bülowstraße (Bezirk Schöneberg), der Kantstraßenkreis in der Wohnung der Familie Germer (Bezirk Charlottenburg) und der Neuköllner Kreis in der Wohnung und den Geschäftsräumen Max Fechners. Die Anlauf- und Sammelstelle für sozialdemokratische Funktionäre und Mitglieder in den Geschäftsräumen von Erich W. Gniffke in der Bülowstraße 7 bestand seit Mitte Mai 1945. Diesem Kreis sozialdemokratischer Funktionäre gehörten Erich W. Gniffke, Otto Grotewohl, Engelbert Graf, August Karsten u.a. an. Die beiden anderen sozialdemokratischen Führungskreise um Karl J. Germer sen. und Max Fechner schlossen sich bis zum 7. Juni 1945 dieser Initiative an.[11] Die Initiative in Schöneberg wurde hauptsächlich von ehemaligen Funktionären getragen, die aufgrund nationalsozialistischer Verfolgung und kriegsbedingter Ereignisse nach Berlin gekommen waren.[12] So hatten Gniffke und Grotewohl ihre Heimatstadt Braunschweig nach der nationalsozialistischen Machtergreifung verlassen, weil sie um ihre persönliche Sicherheit fürchten mußten. Während Gniffke in Berlin als Alleinvertreter der Braunschweiger Kohleherd-Fabrik Haibacko unter dem Deckmantel einer Verkaufsorganisation ein Netz illegaler Kontakte über das ganze Deutsche Reich aufbaute[13], siedelte Grotewohl zuerst nach Hamburg über.[14] Nachdem es ihm dort nicht gelungen war, beruflich voranzukommen, folgte er Anfang 1938 Gniffke nach Berlin und wurde dessen Büroleiter.[15] Im gleichen Jahre wurden die beiden Männer von der Gestapo festgenommen, am 4. März 1939 aber wieder aus der Gefängnishaft entlassen. Obwohl sie nun nicht mehr in einem Unternehmen arbeiten durften, riß ihre Verbindung nicht ab. Nach dem Krieg nahm Grotewohl im Bezirksamt Schöneberg/Friedenau am 6. Juni 1945 eine Stellung als Dezernent für Finanzen und Steuern an.[16] Sein Freund Erich Gniffke kehrte nach Beendigung der Kampfhandlungen am 8. Mai 1945 nach Berlin zurück und suchte Otto Grotewohl in der Motzstrasse 22 in Berlin-Schöneberg auf, wo dieser das Amt eines Hausobmanns innehatte.[17] Unmittelbar danach wurde in den Geschäftsräumen Gniffkes in der Bülowstraße eine Anlaufstelle für sozialdemokratische Altfunktionäre und –mitglieder eingerichtet.[18] In Schöneberg gelang es Erich Gniffke, in Kontakt mit dem sozialdemokratischen Bürgermeister Wendland zu treten, der es sich zur Aufgabe gemacht hatte, eine Initiative zur Sammlung der ehemaligen Sozialdemokraten im

11 Siehe Brief von Engelbert Graf, Otto Grotewohl, August Karsten und Erich Gniffke an Max Fechner, undatiert (handschriftlicher Nachtrag, 5.6.45), AdsD, Nachlaß Gniffke, 32; Hurwitz, Anfänge, S.86f.
12 Siehe Thomas, Kampf, S.53; Malycha, SPD, S.15.
13 Siehe Erich W. Gniffke: Ich lebte in Deutschland, S.9, AdsD, Nachlaß Gniffke, 27.
14 Siehe Otto Grotewohl. Skizzen, Zeichnungen, Aquarelle, Gemälde. Zusammengestellt und eingeleitet von Heinz Voßke, Berlin 1984, S.9.
15 Siehe Jodl, Amboß, S.68f.; Heinz Voßke: Otto Grotewohl. Biographischer Abriß, Berlin 1979, S.103.
16 Siehe Wolfgang Triebel: Otto Grotewohl im Spannungsfeld deutscher Parteien und Besatzungspolitik, Berlin 1993, S.32.
17 Siehe Telefoninterview mit Prof. Wolfgang Leonhard am 11.9.2000, Privatarchiv Loeding.
18 Siehe Triebel, Otto Grotewohl, S.28.

Bezirk zu ergreifen.[19] Zu diesem Zweck hatte er zu einer öffentlichen Versammlung in das Rathaus Schöneberg/Friedenau eingeladen[20], auf welcher Otto Grotewohl seine erste öffentliche Rede nach dem Ende der faschistischen Diktatur hielt. „Auf die großen Opfer und die unermeßlichen Zerstörungen hinweisend, sprach er eindringlich und überzeugend von der Notwendigkeit der Einheit aller antifaschistisch-demokratischen Kräfte, vor allem des einheitlichen Handelns mit den kommunistischen Klassengenossen."[21] Diese Rede Grotewohls entfaltete eine solche Breitenwirkung unter Sozialdemokraten, daß sich in der Bülowstraße bis zum Ende Mai 1945 eine Vielzahl von namhaften sozialdemokratischen Partei- und Gewerkschaftsfunktionären zusammenfand[22] und der Gründerkreis in der Bülowstraße zu einem koordinativen Zentrum wurde. Grotewohl und Gniffke waren bestrebt, weitergehende Informationen zur Besatzungssituation zu erhalten.[23] In Begleitung von Engelbert Graf suchten sie deshalb den neugebildeten Magistrat der Stadt Berlin auf und trafen dort auf den Sozialdemokraten Josef Orlopp, der in der neuen Berliner Zentralverwaltung bereits eine Tätigkeit als Stadtrat für Handel und Versorgung übernommen hatte und den Sozialdemokraten aus der Bülowstraße bekannt war. Walter Ulbricht und ein sowjetischer Offizier hatten Orlopp Anfang Mai 1945 in dessen Wohnung in Berlin-Wedding aufgesucht und ihn gebeten, als Stadtrat in den neu zu bildenden Magistrat einzutreten.[24] Er erschien Gniffke und Grotewohl als geeigneter Ansprechpartner im Magistrat, um mit führenden Kommunisten in Kontakt zu treten. Im Gespräch mit Orlopp beschlossen die Vertreter des Bülowstraßenkreises, sich gegenüber den Kommunisten in der Gesamtverwaltung als „Vorbereitender Ausschuß der SPD" vorzustellen.[25] Ihnen war besonders daran gelegen, mit Arthur Pieck zusammenzutreffen. Zu diesem Zweck begleitete Engelhard Graf Gniffke und Grotewohl zur Familie Pieck, mit der er in freundschaftlicher Verbindung stand.[26] Der Sohn des KPD-Exilvorsitzenden war als Offizier der Roten Armee nach Berlin zurückgekehrt und bekleidete nunmehr in der Magistratsverwaltung das Amt des Stadtrats für Personalfragen und Verwaltung. Es gelang den Sozialdemokraten, mit ihm für den 17. Mai 1945 in der Bülowstraße ein Gespräch mit führenden Repräsentanten der KPD zu vereinbaren. Zu diesem Gespräch erschienen die KPD-Vertreter wie zu anderen vereinbarten Verabredungen nicht.[27]

---

19 Siehe Erich W. Gniffke: Jahre mit Ulbricht, Köln 1966, S.18.
20 Siehe Erinnerungen August Karstens, SAPMO BArch, SgY 30, 1328, Bl.12.
21 Zitiert nach: Triebel, Grotewohl, S.28. Die Versammlung fand um den 9.5.1945 statt.
22 Siehe Gniffke, Jahre, S.20f.
23 Siehe ebenda, S.22.
24 Siehe Erinnerungen Josef Orlopps, SAPMO BArch, SgY 30, 98, Bl. 121f.; Josef Orlopp: Als Stadtrat im ersten Berliner Magistrat, in: Wir sind die Kraft. Der Weg zur Deutschen Demokratischen Republik. Erinnerungen, Berlin 1959, S.133-146, hier S.134.
25 Siehe Gniffke, Jahre, S.23.
26 Siehe ebenda, S.22.
27Siehe Rede Otto Grotewohls am 20.12.1945, Protokoll der 1. Sechziger Konferenz, SAPMO BArch, RY 1, I/2/2/19, Bl. 6-21, hier: 11.

Ähnliche Erfahrungen sammelte auch Max Fechner, der Ende April/Anfang Mai 1945 versuchte, mittels eines Briefes Kontakt zu Walter Ulbricht aufzunehmen.[28] Walter Ulbricht hat stets bestritten, einen solchen Brief Fechners erhalten zu haben.[29] Tatsächlich sind erhebliche Zweifel am Datum 28. April 1945 angebracht. Zu dieser Zeit weilte Ulbricht noch in Moskau. Von seiner bevorstehenden Rückkehr nach Berlin konnte Fechner nichts wissen. Er dürfte erst Anfang Mai 1945 Kenntnis vom Eintreffen Ulbrichts in Berlin erhalten haben.[30] Doch denkbar ist, daß Max Fechner im Anschluß an den Besuch Ulbrichts im Bezirksamt Neukölln am 2. Mai den Brief an den KPD-Funktionär verfaßt hatte. Fechner selber erwähnte später zwei Briefe: einen von Ende April und einen von Mitte Mai. Auf beide hätte er keine Antwort erhalten.[31] Die SPD-Wiedergründungsinitiativen in den Bezirken der deutschen Hauptstadt nahm Ulbricht nachweislich erst Mitte 1945 wahr. Darüber gibt ein Brief Ulbrichts vom 17. Mai 1945 an Dimitroff in Moskau Auskunft: „Die SPD hält sich in den Bezirken noch zurück."[32] Fechner hatte seinen Erinnerungen zufolge den Brief an Walter Ulbricht im Ergebnis einer „erneute(n) Zusammenkunft aller Funktionäre von Berlin mit einigen Vertretern aller aus dem übrigen Deutschland" verfaßt, um die KPD „zur sofortigen gemeinsamen Arbeit" aufzufordern.[33] Er stellte sich als ehemaliger sozialdemokratischer Landtagsabgeordneter und kommunalpolitischer Redakteur vor, der „dem 1933 eingesetzten illegalen Ausschuß der Sozialdemokratischen Partei" angehörte und „in dieser Eigenschaft auch viel mit KPD-Mitgliedern gearbeitet" habe. Er schrieb „um darzutun, daß sich meine Freunde gerne bei dem, wie ich hörte, bereits durch Deine Initiative im Gang befindlichen Wiederaufbau der kommunalen Verwaltung zur Verfügung stellten." Fechner schlug Ulbricht vor, ein Gespräch unter Sozialdemokraten und Kommunisten darüber zu führen, „wie es möglich wäre, endlich die ersehnte Einheitsorganisation der deutschen Arbeitklasse zu schaffen". Seiner Ansicht nach erschienen die Umstände dafür vorteilhaft, denn es wäre leichter, die Einheit „zu Beginn der politischen Tätigkeit" zu schaffen, „als wenn wir erst bei den Nachwirkungen der Kriegshandlungen angelangt sind"[34]. Der Brief Fechners war der Versuch, einen politischen Ansprechpartner zu finden, der es ermöglichte, aktiv am neu entstehenden politischen Leben teilzuhaben. Die Initiative Fechners zur Schaffung einer Einheitsorganisation war keine durch Parteiinstanzen der SPD autorisierte Offerte.

---

28 Siehe Brief Max Fechners an Walter Ulbricht, 28.4.1945, SAPMO-BArch, NY 4101/15, Bl. 1. Den Brief Fechners erwähnte Otto Grotewohl in seiner Rede auf der 1. Sechziger Konferenz. Siehe Rede Otto Grotewohls am 20.12.1945, Bl. 10f.

29 Siehe Erinnerungen Max Fechners, Bl. 74.

30 Siehe Wolfgang Leonhard: Die Revolution entläßt ihre Kinder, Köln 1961, S.356f.

31 Siehe Max Fechner: Geschichtsfälschung und was dahinter steckt, in: Neues Deutschland, 9.4.1966; Erinnerungen Max Fechners, Bl. 74. In den Akten des Nachlasses von Ulbricht und den KPD-Unterlagen im SAPMO-BArch habe ich den Brief nicht finden können. Siehe auch Günter Benser: Die KPD im Jahre der Befreiung. Vorbereitung und Aufbau der legalen kommunistischen Massenpartei (Jahreswende 1944/45 bis Herbst 1945), Berlin 1985, S.175.

32 Rekonstruierte Notizen aus einem Bericht Ulbrichts an Dimitroff, 17.5.1945, SAPMO-BArch, NY 4036/629, Bl. 9.

33 Erinnerungen des Genossen Max Fechner, SAPMO-BArch, NY 4072/168, Bl. 62.

34 Brief Max Fechners an Walter Ulbricht, 28.4.1945.

Die Neuköllner Gruppe um Fechner hatte in der zweiten Maihälfte 1945 mit der Sammlung und Erfassung ehemaliger sozialdemokratischer Funktionäre und Mitglieder begonnen. Die Hauptaufgabe bestand darin, bestehende Verbindungen aufrechtzuerhalten, neue Kontakte aufzubauen und untereinander zu verknüpfen.[35] Hierbei wurden die Berliner Bezirksverwaltungen und kommunale Einrichtungen wie die Lebensmittelkarten-Ausgabestellen zum Ausgangspunkt der Reorganisation.[36] Zentrale Anlaufpunkte waren die Wohnung Max Fechners und das Lebensmittelgeschäft seiner Frau in der Ziethenstraße. Zu dieser Gruppe sozialdemokratischer Funktionäre gehörten Otto Meier, Hermann Harnisch, Richard Weimann, Bernhard Göring und Karl Litke.[37] Bernhard Göring und Richard Weimann engagierten sich nachweislich ebenfalls im Organisationskomitee in der Kantstraße bei Familie Germer.[38] Der Gruppe um Fechner in Berlin-Neukölln, gelang es, bis Ende Mai 1945, ehemalige sozialdemokratische Funktionäre aus allen Ortsteilen dieses Verwaltungsbezirks zusammenzuführen und überbezirkliche Verbindungen aufzubauen.[39] Auf der konstituierenden Sitzung des Organisationskomitees sozialdemokratischer Gewerkschafts- und Parteifunktionäre am 15. Mai 1945 erschien Fechner nicht[40], obschon Kontakt bestand.[41] Vermutlich fehlte er krankheitsbedingt.[42] In jedem Fall suchte Karl Germer jun. Fechner nach dem Treffen in Neukölln auf, um ihm die Mitarbeit in einem von sowjetischen Besatzungsbehörden geförderten antifaschistischen Komitee anzubieten.[43] Fechner ergriff diese Möglichkeit und trat als Vertreter des Kampfverbands „Freies Deutschland“ in Neukölln auf. Allerdings scheiterte dieser Versuch, eine Keimzelle für eine politische Betätigung zu bilden.[44] Anfang Mai 1945 hatte Germer eine Verbindung zwischen dem sozialdemokratischen Gründungskreis in der Kantstraße 125 und einer Gruppe aktiver NS-Widerstandskämpfer hergestellt, die ihrerseits in Charlottenburg einen Kampfverband „Freies Deutschland“ gegründet hatten und über „gute Beziehungen zu den Russen“ verfügten.[45] Dieser antifaschistische Ausschuß war durch sowjetische Militärbehörden eine Zeitlang dazu autorisiert, Ausweise in deutscher und russischer Sprache auszustellen, die den Inhaber „als im Sinne der Anordnungen des Stadtkommandanten“ Tätigen auswiesen. Die Dienststellen der Roten Armee und alle deutschen Behörden wurden darin

35 Siehe Erinnerungen Max Fechners (Anm. 1), Bl. 74.
36 Siehe Besprechung am 27.5.1945, SAPMO-BArch, NY 4182/851, Bl. 174.
37 Siehe Thomas, Kampf, S.52, Anmerkung 123.
38 Siehe Protokoll der ersten Tagung des Organisationskomitees der SPD, der freien Gewerkschaften und des Afa-Bundes am 15. Mai 1945 in Berlin-Charlottenburg, Kantstraße 125, Landesarchiv Berlin (LAB), Zeitgeschichtliche Sammlung, 3663/1.
39 Siehe Erinnerungen Max Fechners (Anm. 1), Bl. 74.
40 Siehe Anwesenheitsliste vom 15.5.1945, LAB, Zeitgeschichtliche Sammlung, 3663/2.
41 Siehe Erinnerungen Max Fechners, in: Hans Oley/Joachim Hellwig (Hrsg.): Kampf um Deutschland, Berlin 1968, S.185-193, hier S.185.
42 Siehe Niederschrift Berlin-Charlottenburg, Kantstraße 125, LAB, E-Rep. 300-33, Kasten (K) 12, Ordner 34.
43 Siehe Hurwitz, Anfänge, S.87.
44 Siehe Brief Max Fechners an Herrn Fuchs, 21.5.1945, LAB, E-Rep. 300-33, K 21, Ordner 67.
45 Siehe Karl J. Germer: Von Grotewohl bis Brandt, Landshut 1974, S.26.

aufgefordert, die Mitarbeit des Kampfverbandes zu unterstützen, den Ausweisinhaber passieren zu lassen und ihm nötigenfalls Hilfe zu gewähren.[46] Dem sozialdemokratischen Kreis um Karl Germer sen. eröffnete sich durch die Ausstattung mit diesen Ausweisen die Gelegenheit, den eigenen Wirkungskreis über den Bezirk Charlottenburg hinaus zu erweitern und Kontakt zu SPD-Altfunktionären aufzunehmen.

Das Organisationskomitee in der Kantstraße 125 bildete sich unmittelbar nach dem Ende der Kampfhandlungen in der Wohnung von Karl Germer sen. in Berlin-Charlottenburg. Hier versammelten sich Sozialdemokraten, die schon während des Krieges untereinander Verbindung gehalten hatten und dort regelmäßig zusammengekommen waren. Germer jun. erinnerte sich: „Es waren hauptsächlich Bekannte meines Vaters, die er aufgrund seiner letzten dienstlichen Tätigkeit in der Lindenstraße, wo er als Werbeleiter der SPD-Presse tätig war, die Kontakte hergestellt hatte und dann in der Privatwohnung [...] am Leben erhalten hat.“[47] Der Kreis bestand hauptsächlich aus führenden Funktionären von vor 1933: Hermann Schlimme, Bernhard Göring, Kurt Michaelis, Otto Urban, Richard Barth, Richard Weimann, Karl Germer sen., Fritz Neudecker, Karl Germer jun. und anderen. Die Gründungsinitiative verfolgte zwei Ziele: den sofortigen Wiederaufbau der Gewerkschaften und der SPD.[48] Fechner zufolge fand schon am 8. Mai 1945 eine Besprechung mit ehemaligen Gewerkschaftsführern in der Wohnung von Karl Germer sen. statt. Dabei sollen die versammelten sozialdemokratischen Altfunktionäre übereingekommen sein, Schlimme und Göring zu Verbindungsleuten für die Gewerkschaftsarbeit zu ernennen, sowie Fechner und Germer sen. die Verantwortung für die Parteiarbeit zu übertragen.[49] Am 15. Mai 1945 konstituierte sich die sozialdemokratische Initiativgruppe der Kantstraße offiziell als Organisationskomitee der SPD, der freien Gewerkschaften und des Afa-Bundes, um von dieser organisatorischen Basis aus den Wiederaufbau der SPD einzuleiten. Hermann Schlimme übernahm den Vorsitz. Bis zu diesem Zeitpunkt hatte den Mitgliedern dieses Kreises der erwähnte Kampfverband „Freies Deutschland“ als Forum gedient, um mit der sowjetischen Besatzungsmacht in Kontakt treten zu können. Vor dem Hintergrund der unklaren politischen Entwicklung und des bestehenden Verbots politischer Parteien und Gewerkschaften - deren Legalisierung in Berlin und der SBZ nicht absehbar war - hatte sich Hermann Schlimme, der seit dem Einzug der Roten Armee im kommunalen Dienst in Berlin-Rudow eine Anstellung gefunden hatte, in einem Schreiben an die örtliche Kommandantur gewandt, in dem er bat, den Kampfverband „Freies Deutschland“ in Rudow organisieren zu dürfen.[50] Als Hauptaufgabe hob er hervor, „alle antifaschistischen Personen, die früher im Kampf gegen Hitler standen, listenmäßig (zu erfassen) und für den Neu-Aufbau

46 Siehe Ausweis Karl Germers, Nr. 7, 9.5.1945, LAB, E-Rep. 300-33, K 22, Ordner 71.
47 Interview Manfred Rexins mit Karl J. Germer, 8.3.1986, Franz-Neumann-Archiv, Berlin.
48 Siehe Protokoll der ersten Tagung des Organisationskomitees.
49 Siehe Erinnerungen Max Fechners (Anm. 1), Bl. 91.
50 Siehe Brief Hermann Schlimmes an den Ortskommandanten der „Roten Armee“ in Berlin-Rudow, 11.5.1945, LAB, E-Rep. 300-33, K 12, Ordner 34.

(einzusetzen)". Das Organisationskomitee strebte nach seiner offiziellen Gründung also eine weitere Zusammenarbeit mit dem Kampfverband „Freies Deutschland" an. Die Gründungsmitglieder stellten den unverzüglichen Aufbau der SPD in Berlin in den Mittelpunkt ihrer Bemühungen. Es wurde beschlossen, den Aufbau der Gewerkschaften und der sozialdemokratischen Partei getrennt zu betreiben, „besonders darum, weil der Neuaufbau der Sozialdemokratischen Partei nach Verlautbarung vom russischen Stadtkommandanten gestattet worden sei". Wie es zu diesem Zeitpunkt zu einer solchen Annahme kommen konnte, ist bis jetzt nicht zu klären. Vor jenem Hintergrund sollte der Aufbau der sozialdemokratischen Partei „sofort in Angriff genommen werden". Das Organisationskomitee sah sich als provisorische Führungsinstanz der SPD in Berlin und wollte den überbezirklichen Reorganisationsprozeß der Sozialdemokratie einleiten. Hierzu wurde beschlossen:

1. in den vorhandenen 20 früheren Parteibezirken je einen Vertrauensmann einzusetzen, welchem die Aufgabe oblag, die notwendigen organisatorischen Vorarbeiten zu initiieren;
2. auf die Herausgabe einer Zeitung hinzuarbeiten;
3. notwendige Vorarbeiten für die Rundfunk- und Filmpropagandaarbeit zu leisten.

In Anbetracht der Besatzungssituation sind diese Vorhaben als illusorisch einzuschätzen. Aufgrund der Zerstörung der Berliner Infrastruktur war es nahezu unmöglich, die Kontaktaufnahme mit allen Parteibezirken herzustellen. Die Bewegungsfreiheit der Menschen war stark eingeschränkt.

Dem Aufbau der Gewerkschaften wurde große Bedeutung beigemessen. Es hieß, „daß die Zukunft nur noch sozialistische Gewerkschaften kennen werde. Allerdings sei die Stellung der Kommunisten zu dieser Frage nicht bekannt".[51] Das fehlende Bekenntnis zum Ziel einer Einheitsgewerkschaft läßt die Vermutung zu, daß es mit nichtkommunistischen Gewerkschaftsfunktionären der Weimarer Republik zu Vorgesprächen hinsichtlich einer Zusammenführung der ehemaligen Richtungsgewerkschaften gekommen war. Hermann Schlimme schrieb am 16. Mai einen Brief an die Alliierte Kommission, der von Karl Germer jun. nach deren Errichtung in Berlin überbracht werden sollte.[52] Dem Schreiben lag die Annahme zugrunde, daß noch im Mai 1945 eine Alliierte Kommission in Berlin etabliert würde. Schlimme bot in dem Brief Mithilfe beim Neuaufbau der Gewerkschaften in Deutschland und berief sich auf Verlautbarungen des Londoner Rundfunks.[53] Der Gründerkreis in der Kantstraße sah es am 15. Mai als nachteilig für die weitere organisatorische Arbeit an, „daß die ‚Interalliierte Kommission' noch nicht in Berlin eingetroffen sei, wodurch die in Aussicht genommenen Arbeiten außerordentlich gehemmt werden".[54] Zur Übergabe des Briefes Schlimmes ist es nicht gekommen, denn die westlichen Besatzungstruppen rückten erst im Juli 1945 in Berlin ein.

---

51 Protokoll der ersten Tagung des Organisationskomitees.

52 Siehe Interview Manfred Rexin.

53 Siehe Brief Hermann Schlimmes an die Alliierte Kommandantur Berlin, Reichstag, 16.5.1945, LAB, E-Rep. 300-33, K 22, Ordner 71; Brief Hermann Schlimmes an Sir Walter Citrine, 28.7.1945, LAB, E-Rep. 300-33, K 20, Ordner 64.

54 Protokoll der ersten Tagung des Organisationskomitees.

Dennoch entfaltete der Kantstraßenkreis in den folgenden Tagen eine Initiative, um mit früheren führenden Gewerkschaftsfunktionären der Weimarer Republik in Verbindung zu treten. So suchte beispielsweise Karl J. Germer am 17. Mai 1945 im Namen des Organisationskomitees den ehemaligen Vorsitzenden des ADGB, Theodor Leipart, auf, um diesen über den sozialdemokratischen Gründerkreises in Kenntnis zu setzen.[55] Bei diesem Gespräch erhielt er „als wichtigstes" - so der Eindruck, den Germer Schlimme mitteilte - Kenntnis von der Adresse Jacob Kaisers. Der frühere Gewerkschafter der christlichen Gewerkschaftsbewegung hatte Leipart einige Male besucht. Aus den Erfahrungen des Widerstandes und seiner Verbindung mit dem Sozialdemokraten Wilhelm Leuschner war Kaiser zu der Auffassung gelangt, die Gewerkschaften müßten nach dem Zusammenbruch des Nazi-Reiches als Einheitsgewerkschaft neu gegründet werden, worin ihn der ehemalige ADGB-Vorsitzende bestärkte.[56] Germer jun. besuchte am 18. Mai 1945 Kaiser in Wilmersdorf und setzte Hermann Schlimme nachfolgend darüber in Kenntnis: „Bei unserer Unterhaltung bestätigte mir Kaiser nochmals ausdrücklich, daß an der geplanten Einheit der Gewerkschaften unbedingt festgehalten werden muß. Er behauptet, daß auch namhafte Vertreter des D.H.V. sich dieser Ansicht angeschlossen haben. Er bat mich, vor allem unserer politischen Leitung den Vorschlag zu unterbreiten, daß sich die SPD auf so breiter politischer Grundlage festlegt, daß z.B. die Aufstellung einer gesonderten Zentrumspartei überflüssig sei. Wenn irgend möglich, will man eine Neugründung des Zentrums vermeiden, wobei man die Hoffnung hegt, daß nach Vorbild der englischen Labourpartei eine Erfassung der Arbeiterschaft auf allerbester Basis durchzuführen ist."[57]

Die Schilderung Germers läßt den Schluß zu, daß im Kantstraßenkreis zumindest über Alternativen zum Wiederentstehen der traditionellen SPD diskutiert worden sein könnte, um das Fundament der SPD zu verbreitern und zu stärken. In dieser Partei hätten sowohl traditionelle Anhänger der SPD als auch des Zentrums einen Platz finden sollen. Daß weitere Gespräche zwischen Sozialdemokraten und früheren Politikern des Zentrums stattgefunden haben, steht außer Zweifel.[58] Über weitergehende Diskussionen im Organisationskomitee fehlen allerdings Belege.

Kaiser sagte zu, daß er selber oder „in seiner Vertretung Herr Albert Voss, Tempelhof" zur Sitzung des Organisationskomitees am 21. Mai 1945 erscheinen werde.[59] Zu dieser am 15. Mai verabredeten Zusammenkunft kam es aber nicht mehr, weil der Gründerkreis seine organisatorischen Schritte zum Partei- und Gewerkschaftsaufbau in Berlin trennte. Während sich bei Fritz Neubecker in Tempelhof einige ehemalige Kreisvorsitzende der SPD versammelten[60], trafen bei Bernhard Göring die Gewerkschafter des Kantstraßenkreises mit anderen führenden

55 Siehe Bericht Karl Germers an Schlimme, 18.5.1945, LAB, Zeitgeschichtliche Sammlung, 3771.
56 Siehe Ulla Plener: Theodor Leipart (1867-1947), 1. Halbband: Biographie, Berlin 2000, S.302.
57 Bericht Karl Germers an Schlimme.
58 Siehe Egon Bahr: Zu meiner Zeit, München 1996, S.32; Interview mit Egon Bahr, 3.3.2000, Privatarchiv Loeding.
59 Bericht Karl Germers an Schlimme.
60 Siehe Fritz Neubecker: Widerstand in Tempelhof, in: Berliner Stimme, 4.5.1985.

Gewerkschaftern der Weimarer Republik zusammen, um Vorgespräche über den Aufbau einer Einheitsgewerkschaft zu führen.[61]

Die Sitzung bei Neubecker sollte die bezirklichen Aktivitäten zum Aufbau der SPD vereinheitlichen.[62] Fritz Neubecker schlug vor, eine Verbindung mit der Gründungsinitiative in der Bülowstraße herzustellen. Bis Anfang Juni 1945 schlossen sich die Mitglieder des Organisationskomitees aus der Kantstraße dem „Vorbereitenden Ausschuß" in der Bülowstraße an, der sich zweimal in der Woche zu Besprechungen in den Geschäftsräumen Gniffkes traf.[63] Der Kreis erweiterte sich noch um Josef Orlopp, Helmut Lehmann, Karl Litke und Gustav Dahrendorf.[64]

Am 7. Juni 1945 trafen die verschiedenen Gründerkreise in der Bülowstraße zu ihrer ersten gemeinsamen Sitzung zusammen. Über Bernhard Göring war der Kontakt zu Max Fechner hergestellt worden, der brieflich zu der Besprechung eingeladen wurde, um „über alle Probleme [...] einmal sprechen zu können"[65]. Fechner bestätigte später den Erhalt des Briefes.[66] Auf der Sitzung machte Fechner den Vorschlag, die Legitimation des vorbereitenden Ausschusses aus dem vom Parteivorstand der SPD 1933 eingesetzten „Ausschuß für die Lenkung des Widerstandes"[67] abzuleiten, dessen letzte Angehörige Weimann und er seien. Dies lehnten die anderen Versammlungsteilnehmer ab.

Die offizielle Zulassung von Parteien in Berlin und der SBZ, die unmittelbar bevorstand, war für die Sozialdemokraten nicht absehbar. Zu diesem Zeitpunkt hatte die sowjetische Militäradministration lediglich die Absicht zu erkennen gegeben, zunächst Gewerkschaften als Einheitsorganisation zuzulassen.[68] Der versammelte Funktionärskreis konstituierte sich am 7. Juni als „Vorbereitender Ausschuß" der SPD.[69] Nach dem SMAD-Befehl Nr. 2 vom 10. Juni und dem KPD-Aufruf vom 11. Juni 1945 beschlossen die Mitglieder des SPD-Gründerkreises, sich als provisorischer Zentralausschuß der Sozialdemokratischen Partei zu konstituieren.[70] Die gewählte

61 Siehe Manuskript Karl Selles, ohne Titel und Datum, LAB, E-Rep. 300-33, K 22, Ordner 72.

62 Siehe Notizen zum Telefoninterview mit Fritz Neubecker, 20.10.1985, LAB, E-Rep. 300-33, K 2, Ordner 6.

63 Siehe Gniffke, Jahre, S.25; Brief von Engelhard Graf u.a.

64 Siehe Erinnerungen Max Fechners (Anm. 1), Bl. 74. Zu weiteren sozialdemokratischen Spitzenfunktionären, die in der Auffangstelle in der Bülowstraße verkehrten siehe AdsD, Nachlaß Gniffke, 11/1.

65 Brief von Engelberg Graf u. a.

66 Siehe Vernehmungsprotokoll Max Fechners vom 24.7.1953, Zentralarchiv der Bundesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR (BStU), Untersuchungsvorgang Nr. U 470/ 53, Band I,S.48; Beckert, Lieber Genosse Max, S.66.

67 Siehe Vernehmungsprotokoll Max Fechners vom 21.7.1953, S.41; Heinz Niemann: Zur Entstehung und historischen Bedeutung des Aufrufes des Zentralausschusses der SPD vom 15. Juni 1945, in: Johannes Glasneck (Hrsg.): 1945 - der Sieg über den Faschismus und die Politik der internationalen Sozialdemokratie, Halle 1987, S.188-195, hier S.190f.

68 Siehe Erich W. Gniffke: 1945 und später, AdsD, Nachlaß Gniffke, 19.

69 Siehe Gniffke, Jahre, S.26.

70 Siehe Erinnerungen Max Fechners (Anm. 1), Bl. 75; Heinz Voßke: Zu einigen Problemen des ideologischen Klärungsprozesses im Kampf um die Gründung der SED und ihre Entwicklung zur Partei neuen Typus (Juni 1945 bis Januar 1949), Dissertation B, Berlin 1970, S.56.

Bezeichnung ging auf einen Vorschlag Max Fechners zurück.[71] Mitglieder des ZA wurden Max Fechner, Richard Weimann, Erich Gniffke, Gustav Dahrendorf, Otto Grotewohl, Hermann Harnisch, Karl Germer jun., Helmut Lehmann, Karl Litke, Otto Meier, Fritz Neubecker, Josef Orlopp, Hermann Schlimme und Bernhard Göring.[72] Später wurde dieser Kreis noch ergänzt durch Käthe Kern, Annedore Leber und Toni Wohlgemuth.[73] In der konstituierenden Sitzung des provisorischen ZA bestand Einigkeit darüber, Fechner und Grotewohl als gleichberechtigte Vorsitzende und Gniffke als geschäftsführenden Vorsitzenden zu bestellen.
Von Anfang an gab es jedoch unterschiedliche Meinungen über die Perspektiven der deutschen Sozialdemokratie. Während Gustav Dahrendorf - in Anknüpfung an Wilhelm Leuschners Vorstellungen von einer einheitlichen Sozialdemokratie wie vor 1914 und nach den Erfahrungen während der nationalsozialistischen Terrorherrschaft - eine Vereinigung von SPD und KPD befürwortete, favorisierten die Germers die Einbeziehung bürgerlicher Kreise in den Wiederaufbau der SPD.[74] Nun stand der ZA vor der Notwendigkeit, seine eigenen politischen Ziele unter Besatzungsbedingungen zu bestimmen. Dazu wurde eigens eine Kommission eingesetzt, die in der Zeit vom 12. bis 15. Juni 1945 unter Leitung Gniffkes einen Gründungsaufruf der SPD erarbeitete.[75] Über die personelle Zusammensetzung dieser Programmkommission existieren unterschiedliche Angaben. Während Max Fechner Grotewohl, Weimann, Meier, Dahrendorf und Orlopp anführt[76], sind nachweislich sechs Programmentwürfe vorhanden, die von Otto Grotewohl, Gustav Dahrendorf, Erich W. Gniffke, Helmut Lehmann, Karl Germer jun. und Karl Kleikamp (der nicht Mitglied des ZA war) verfaßt und zur Diskussion in die Kommission eingebracht wurden.[77] Bevor der ZA aber mit seinem Aufruf unter dem Leitmotiv „Vom Chaos zur Ordnung“ an die Öffentlichkeit trat, bot sich auf der ersten offiziellen Veranstaltung der KPD am 12. Juni 1945, auf der Walter Ulbricht das Programm der Kommunisten erläuterte und dabei für die Bildung eines Blocks antifaschistischer demokratischer Parteien warb[78], für den ZA die Möglichkeit, zum erstenmal öffentlich in Erscheinung zu treten. Nach der Rede Ulbrichts nahm Gustav Dahrendorf in der Diskussion das Wort und stellte die neue politische

71 Siehe Manuskriptergänzungen zu Seite 17/18, AdsD, Nachlaß Gniffke, 11/1. Bl.
72 Siehe Zentralausschuß der Sozialdemokratischen Partei, LAB, Rep. 101/656.
73 Siehe Mitglieder des Zentralausschusses der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, AdsD, Nachlaß Gniffke, 17.
74 Siehe Manuskriptergänzungen zu Seite 16 (oben), AdsD, Nachlaß Gniffke, 17.
75 Siehe Malycha, SPD, S.23.
76 Siehe Erinnerungen Max Fechners (Anm. 1), Bl. 75.
77 Die Entwürfe Otto Grotewohls, Erich Gniffkes, Gustav Dahrendorfs, Karl J. Germers jun., Karl Kleikamps sowie eine Arbeitsempfehlung Gniffkes, ein Zwischenentwurf und der von der Programmkommission erarbeitete Schlußentwurf befinden sich im AdsD, Nachlaß Gniffke, 34. Der Entwurf Helmut Lehmanns im LAB, E-Rep. 300-33, K 12, Ordner 34.
78 Siehe Einigung aller antifaschistisch-demokratischen Kräfte. Rede Walter Ulbrichts in der ersten Zusammenkunft von ca. 200 antifaschistischen Funktionären im Stadthaus Berlin am 12. Juni 1945, in: Walter Ulbricht: Zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung. Aus Reden und Aufsätzen, Band II: 1933-1946, Berlin 1963, S.418-421.

Grundausrichtung des ZA vor.[79] Im Namen seiner politischen Freunde legte er dar, daß der „Platz des neuen Deutschlands, das wir erarbeiten wollen, nur an der Seite der Sowjetunion“ sein könne. Dies zeigt, daß die Beziehungen zur sowjetischen Besatzungsmacht Bestandteil der programmatischen Diskussionen im ZA waren, auch wenn zunächst eine gemeinsame Linie in diesem Punkt fehlte.[80] Dann bot Dahrendorf der KPD die Schaffung einer einheitlichen Arbeiterpartei aus SPD und KPD an. Seine Forderung nach einer Einheitspartei fand unter den Diskussionsteilnehmern breite Unterstützung. Ein Teilnehmer aus Zehlendorf erklärte, daß es weder der Sozialdemokratischen noch der Kommunistischen Partei bedürfe, vielmehr bedürfe es nur „eine(r) proletarischen Partei“.[81]

Walter Ulbricht begegnete dem Einheitsangebot mit Ablehnung.[82] Doch Ulbricht gab Dahrendorf, nachdem dieser in seinem Wortbeitrag das Aktionsprogramm der KPD zur gemeinsamen Arbeitsgrundlage erhoben hatte, die Zusage zu einer Besprechung zwischen Vertretern der KPD und des ZA der SPD, die am 19. Juni 1945 stattfand. Hatte die KPD-Spitze es bisher verstanden, die Kontaktaufnahme mit den SPD-Führungszirkeln zu vermeiden, konnte sie nach dem öffentlichen Auftritt Dahrendorfs der Verbindungsaufnahme nicht mehr aus dem Wege gehen. In seiner Erwiderung auf Dahrendorf unterstrich Ulbricht nachdrücklich, daß für die KPD der Zusammenschluß aller antifaschistischen Kräfte im Mittelpunkt der politischen Bemühungen stünde.[83] Nicht den Zusammenschluß der deutschen Arbeiterbewegung in einer einheitlichen Arbeiterpartei hielt Ulbricht für primär, sondern die Zusammenfassung der antifaschistisch-demokratischen Parteien in einem Parteienblock. Im Anschluß der Aussprache kam es den Erinnerungen Fechners zufolge zur ersten Begegnung mit Walter Ulbricht. Bei dieser Begegnung machte der KPD-Funktionär gegenüber Fechner abermals deutlich, warum die KPD eine sofortige Vereinigung von SPD und KPD ablehne.[84]

Nach der Ablehnung des Einheitsangebotes ging die eingesetzte Kommission daran, aus den Entwürfen Dahrendorfs, Grotewohls und Lehmanns einen Aufruf abzufassen. In nur drei Tagen entstand der Gründungsaufruf des ZA. Nach Max Fechner orientierten sich die Kommissionsmitglieder bei der Abfassung ihres Programms am Prager Manifest vom Januar 1934.[85]

Der Aufruf des Zentralausschusses der SPD vom 15. Juni 1945 schließt im Unterschied zum Aufruf der Kommunisten, die die Zusammenarbeit auf eine Einheits-

79 Siehe Redebeitrag Dahrendorf, Protokoll der Besprechung vom 12.6.1945, SAPMO BArch, NY 4182/857, Bl. 86ff.

80 Siehe Benser, Die KPD, S.175.

81 Redebeitrag Hönig, Zehlendorf, Protokoll der Besprechung vom 12.6.1945, Bl. 91.

82 Siehe Redebeitrag Ulbricht, ebenda, Bl. 90.

83 Siehe ebenda, Bl. 91.

84 Siehe Max Fechner: Zentralausschuß der SPD und Zentralkomitee der KPD gingen zusammen, in: Vereint sind wir alles. Erinnerungen an die Gründung der SED, 2. Auflage, Berlin 1971, S.39-59, hier S.42; Voßke, Problemen, S.50.

85 Siehe Erich W. Gniffke: Erfahrungen vor und nach der Verschmelzung, S. 6, AdsD, Nachlaß Gniffke; Fechner, Zentralausschuß, S.43; Aufruf der SPD, in: Karl Mahler: Die Programme der politischen Parteien im neuen Deutschland und ihre Stellungnahme zu den wichtigsten Tagesfragen, Berlin 1945, S.16-20.

front der antifaschistischen Parteien beschränken wollten, mit einem Appell zur organisatorischen Einheit der deutschen Arbeiterklasse. In Anbetracht der historischen Umstände hielten es die Mitglieder des ZA für geboten, „der jungen Generation eine einheitliche politische Kampforganisation in die Hand zu geben". Damit sollten die politischen Fehler der Vergangenheit moralisch getilgt werden. „Die Fahne der Einheit muß als leuchtendes Symbol in der politischen Aktion des werktätigen Volkes vorangetragen werden!"[86] Dies stellte zwar eine Abschwächung des Vorschlags Dahrendorfs dar, der für die „Einheit aller Antifaschisten [...] in einer sozialistischen Bewegung" warb und von den Sozialdemokraten forderte, ihre organisatorische Selbstständigkeit aufzugeben. Mit dem Aufruf vom 15.6.1945 knüpfte der Zentralausschuß der SPD, insbesondere mit seinen neun Forderungen, an die traditionellen Vorstellungen der Weimarer SPD an. Dennoch ist in der historischen Rückschau Anton Ackermann Recht zu geben, der einschätzte: „Diese neue sozialdemokratische Führung [war] keinesfalls eine Fortsetzung des alten, von rechten Führern beherrschten Parteivorstandes; denn den bestimmenden Einfluß übten Sozialdemokraten aus [...], die sich auf den Boden der antifaschistisch-demokratischen Einheit stellten."[87]

Der ZA-Aufruf vom 15. Juni 1945 wurde erstmals von der „Deutschen Volkszeitung", dem Zentralorgan der KPD, in Auszügen veröffentlicht[88], was nicht unbedingt selbstverständlich war. Auch in Presseorganen, die die sowjetische Besatzungsmacht zur Information der deutschen Bevölkerung herausgab, wurde über die offizielle Wiedergründung der SPD in Berlin berichtet.[89] In einem Telegramm setzte Walter Ulbricht Wilhelm Pieck in Moskau in Kenntnis. Ulbricht stellte fest: „In dem Aufruf versuchen sie sich radikaler zu gebärden als wir."[90]

Der ZA beantragte die offizielle Registrierung der SPD bei den sowjetischen Militärbehörden[91] und beschloß, am 17. Juni 1945 eine erste offizielle Nachkriegsfunktionärskonferenz der Berliner SPD im Deutschen Hof in der Luckauer Straße in Berlin-Kreuzberg abzuhalten[92], um die personelle Zusammensetzung des Zentralausschusses und den Aufruf offiziell durch die Mitgliedschaft bestätigen zu lassen. Eine zonale Trennung des Parteiaufbaus der SPD, wie ihn Kurt Schumacher anstrebte und mit unterschiedlichen Besatzungsbedingungen in den Westzonen und der SBZ begründete[93], kam für den ZA der SPD nicht in Betracht.

---

86 Aufruf der SPD, S.20.

87 Anton Ackermann: Der neue Weg zur Einheit, in: Vereint sind wir alles, S.60-93, hier S.76.

88 Siehe Aufbau der Sozialdemokratischen Partei, in: Deutsche Volkszeitung, 19.6.1945.

89 Siehe Funktionärsversammlung der SPD, in: Tägliche Rundschau, 19.6.1945; Nie wieder eine Spaltung der deutschen Gewerkschaftsbewegung, in: Berliner Zeitung, 19.6.1945; Zwei Dokumente der Einheit, in: Berliner Zeitung, 21.6.1945.

90 Telegramm Walter Ulbrichts an Wilhelm Pieck vom 19.6.1945, SAPMO-BArch, NY 4036/629, Bl. 67.

91 Siehe Brief der SPD an den Kommandanten der Roten Armee, 13.6.1945, LAB, Rep. 101/656.

92 Siehe Ankündigung der ersten Funktionärsversammlung der SPD für den 17.6.1945, Zentrale Berlin, 14.6.1945, LAB, E-Rep. 300-33, K 22, Ordner 72.

93 Siehe Brief Kurt Schumachers an den „Zentralausschuß der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands", 30.8.1945, AdsD, Nachlaß Schumacher, 155.